

Zeitschrift:	Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses
Herausgeber:	Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Band:	87 (1996)
Heft:	8
Rubrik:	Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

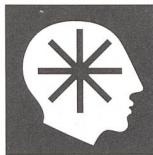
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Politik und Gesellschaft Politique et société

Aus der Jahresplanung 1996 des Bundesrates:

Weichenstellungen für die künftige Energiepolitik – Fortführung der bisherigen Energiepolitik

Als Führungsinstrument der Exekutive hat der Bundesrat Mitte Februar die Jahresplanung 1996 verabschiedet. In der Energiepolitik steht die Fortsetzung von «Energie 2000» und die Einleitung eines Dialogs bezüglich der zukünftigen Elektrizitätsversorgung des Landes im Vordergrund.

Seit den energiepolitischen Grundsatzentscheiden in der Volksabstimmung vom 23. September 1990 (Energieartikel, Kernenergie-Moratorium, Ausstieg aus der Kernenergie) nimmt das Aktionsprogramm «Energie 2000» in der Energiepolitik des Bundes einen zentralen Stellenwert ein. Ziele des Programms sind insbesondere die Stabilisierung des Ver-

brauchs fossiler Energien und von Elektrizität sowie erhöhte Beiträge der einheimischen, erneuerbaren Energien. Die Halbzeitbilanz von «Energie 2000» vom September 1995 hat gezeigt, dass diese Ziele bis ins Jahr 2000 mit verstärkten Anstrengungen erreichbar sind. Aus diesem Grunde stehen auch 1996 der Vollzug des Energienutzungsbeschlusses und der freiwilligen Massnahmen im Rahmen des Aktionsprogramms im Vordergrund. Gleichzeitig will der Bundesrat das Aktionsprogramm «Energie 2000» in seiner zweiten Halbzeit verstärken und die langfristige Energiepolitik (ab 2000) konkretisieren sowie die Grundzüge ihrer Umsetzung formulieren.

Gestützt auf den Energieartikel der Bundesverfassung wird der Bundesrat 1996 dem Parlament den Entwurf zu einem Energiegesetz unterbreiten, das den bis 31. Dezember 1998 befristeten Energienutzungsbeschluss ablösen soll. Daneben wird der Bundesrat den Ent-

wurf zu einem CO₂-Reduktionsgesetz vorlegen und in einer Botschaft zur Energie-Umwelt-Initiative und zur Solar-Initiative Stellung nehmen.

Das in der Volksabstimmung vom 23. September 1990 angenommene Kernenergie-Moratorium läuft im September 2000 aus. Im Jahr 1996 werden die Arbeiten für einen Vorentwurf zu einem Kernenergiegesetz fortgesetzt. Die Frage, auf welche Weise die zukünftige Elektrizitätsversorgung des Landes sichergestellt werden soll, muss in den nächsten Jahren politisch entschieden werden. Dieser Entscheid ist von grosser wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Bedeutung. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die alten energiepolitischen Gräben wieder aufgerissen werden und dass eine energiepolitische Pattsituation entsteht. Der Bundesrat möchte deshalb diesen Entscheid sorgfältig vorbereiten und einen möglichst breiten politischen Dialog über die zur Verfügung stehenden Optionen durchführen. Dieser Dialog soll – gestützt auf die in Ausarbeitung begriffenen Grundlagen und Szenarien – im Laufe des Jahres 1996 eingeleitet werden. Nach der Ablehnung des Standortes Wellenberg für ein Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle durch den Kanton Nidwalden ist zudem 1996 das weitere Vorgehen bezüglich der Entsorgung für derartige Abfälle festzulegen.

Preisüberwacher interessiert sich für Stromtarife

(d) Der Preisüberwacher will künftig verstärkt die staatlich und halbstaatlich festgelegten Preise unter die Lupe nehmen. So wird er sich im laufenden Jahr den Tarifen der Elektrizitätswerke, der Kabelfernsehgesellschaften und der PTT widmen, aber auch den Spitaltaxen. Dies erklärte der scheidende Amtsinhaber, Josef Deiss. Einen Schwerpunkt will man dabei bei den Strompreisen setzen.

Blitzableiter



Aus-gequetscht

Mehr Wasserzinsen, Konzessionsgebühren, Partnerwerkebesteuerung, Erhöhung der Restwassermengen, Abgeltung für unterbliebene Wasserkraftnutzung, Rücklieferungstarife, gemeinwirtschaftliche Leistungen oder Gewinnablieferungen an öffentliche Haushalte: wie soll hier zugunsten der Schweizer Wirtschaft der Strom billiger werden? Wie hoch die Belastungen bereits schon sind, zeigt ein Beispiel eines sogenannten Partnerwerks: 1958/59 betrugen die Abgaben etwa 7,5% der Jahreskosten. 1994/95 standen diese Abgaben bereits bei 39%; nominal stieg dieser Posten sogar um das Neunfache! Die Betriebsjahreskosten erhöhten sich in diesem Zeitraum nur um den Faktor 1,7. Dies zeigt, dass im wesentlichen die Gemeinwesen die Kostenerhöhungen verursachten. Sollten nun die Wasserzinsen gar auf 80 Franken/kW_{br} ansteigen, so würden die öffentlich-rechtlichen Abgaben auf rund 46% der Jahreskosten ansteigen. Wird die «Milchkuh» Strom also weiter ausgequetscht, ohne Sorge um die Nahrung des Tiers? Jeder Bauer bekäme es mit dem Tierschutz zu tun, würde er seine Kühe so behandeln!

B. Frankl



Jahresplanung im Bundeshaus: Einleitung eines Dialogs in der Energiepolitik.

Strompreise: Schweiz (noch) nicht an der Spitze

(m) Beliebtes Thema in den Schweizer Medien sind zurzeit die Strompreise. Die Schweizer Strompreise sind jedoch nicht in jedem Fall als teuer zu betrachten. Ein Vergleich, der verschiedene Marktsegmente und Strukturen berücksichtigt, zeigt, dass einheimischer (im internationalen Vergleich umweltfreundlicher) Strom durchaus in der europäischen Bandbreite liegen kann (s. Grafiken, Quelle VDEW, Unipede).

Konkurrenzfähige Strompreise spielen für die nationalen Wirtschaften und beim Stromaustausch eine immer wichtigere Rolle. In verschiedenen Industrieländern ist es in den letzten Jahren sogar gelungen, Preise stabil zu halten oder gar zu ermässigen.

Dies ist auch in der Schweiz notwendig. Auf der Liste stehen jedoch verschiedene Begehrlichkeiten am «Energietopf»: Die Restwasserauflagen, wie sie das revidierte Gewässerschutzgesetz verlangt, werden die Stromproduktion aus Wasserkraft in der Schweiz zusätzlich verteuern. Das neue Haftpflichtgesetz für Stauanlagen will nicht nur die Haftung ausdehnen, sondern auch einen Versicherungzwang einführen, der die Wasserkraft mit Prämien in Millionenhöhe belasten wird. Die Änderung der Partnerwerkbesteuerung soll eine weitere Verteuerung bringen. Die eingereichte Energie- und Umweltinitiative und zu hohe Wasserzinsen würden die Wasserkraft drastisch verteuern und den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen.

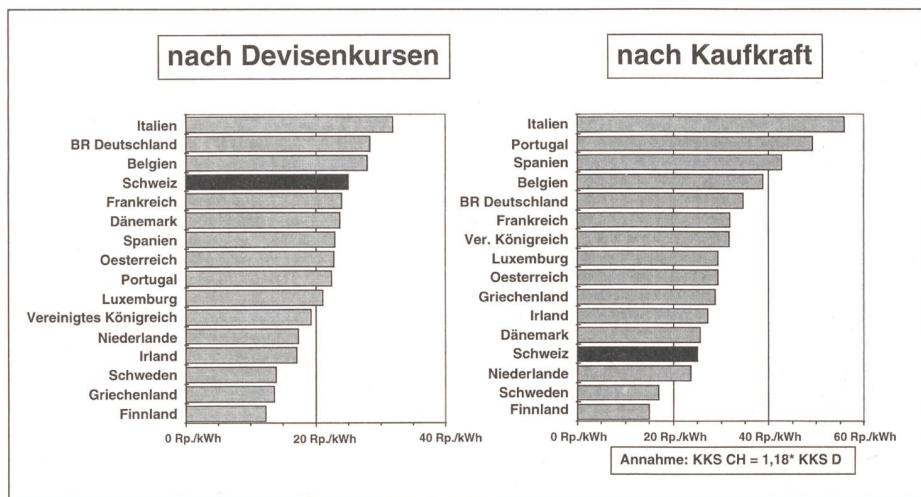


Bild 1 Internationaler Strompreisvergleich (Haushalt, 3500 kWh/Jahr; Hochtarif; 1995); zum Teil approximativ.

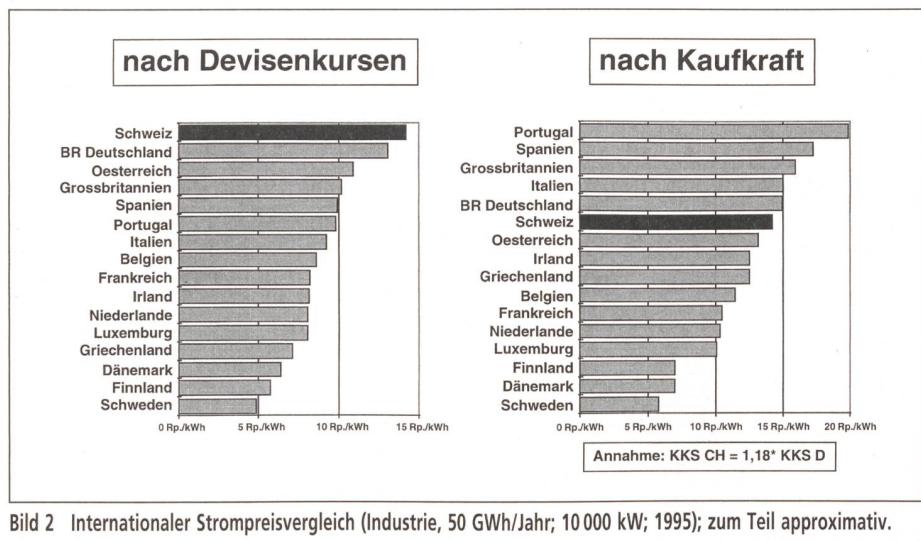


Bild 2 Internationaler Strompreisvergleich (Industrie, 50 GWh/Jahr; 10 000 kW; 1995); zum Teil approximativ.

Gigaprojekt in Afrika

(m/ei) Das Potential des Wasserkraftprojektes «Gross Inga» ist enorm. Es umfasst

eine weitergehende Nutzung des Zaire-Flusses (früher Congo) bis zu einer Gesamtleistung von 35 000 MW mit einem Übertragungssystem über Zentralafrika bis nach Ägypten.

Eine neuerstellte Studie von EdF und Lahmeyer bescheinigt dem Projekt technische und wirtschaftliche Machbarkeit, falls Ägypten den Strom an seine Nachbarn weiterverkau-

fen könnte und falls Südafrika an das System angeschlossen würde. Eine erste 8000-MW-Etappe könnte im Jahre 2010 in Betrieb gehen.

La «vérité» sur l'environnement

(sdes) Extrapolant hardiment une étude française, l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage (OFEFP) affirme que la pollution de l'air provoque, annuellement, de 200 à 600 morts en Suisse.

En bref, les fonctionnaires de l'OFEFP appliquent à la Suisse les conclusions auxquelles sont arrivés les spécialistes français. Leur raisonnement est le suivant: à Paris, 300 à 400 personnes meurent prématurément chaque année de la pollution de l'air. Pour une population équivalente, la proportion est donc au moins aussi forte en Suisse, particulièrement dans nos grandes (!) villes.

Le moins que l'on puisse dire est que les «chercheurs» de l'OFEFP extrapolent l'étude française de manière audacieuse. D'abord, on serait curieux de connaître les bases scientifiques autorisant à rapporter la pollution d'une concentration urbaine aussi forte que la ceinture parisienne à celle de l'ensemble du territoire suisse.

Ensuite, l'étude française incrimine plus particulièrement les particules en suspension émanant des moteurs diesel ainsi que le dioxyde de soufre.

Qu'en déduire, sinon que certains services fédéraux veulent à tout prix établir «leur» vérité des coûts?



Pollution de l'air: annuellement, de 200 à 600 morts en Suisse?

Keine neue Hochspannungsleitung durch die Pyrenäen

(d) Die französische Regierung will auf den geplanten Bau einer Hochspannungsleitung durch die Pyrenäen nach Spanien verzichten. Dies aus Gründen des Umweltschutzes in dem landschaftlich reizvollen Gebiet. Die spanische Regierung hat inzwischen diesen Entscheid heftig kritisiert.

Zwilag: Verfahren um Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung

(eved) Im laufenden Bewilligungsverfahren um Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen sind bis zum 22. April 1996 bei der Staatskanzlei des Kantons Aargau, beim Bezirksamt in Baden, bei der Gemeindeverwaltung Würenlingen und beim Bundesamt für Energiewirtschaft in Bern verschiedene Gutachten, Stellungnahmen sowie der revidierte Sicherheitsbericht öffentlich aufgelegt:

Am 15. Juli 1993 hatte die Zwilag ein Gesuch um Erteilung einer Bau- und Betriebsbewilligung für das Zwischen-

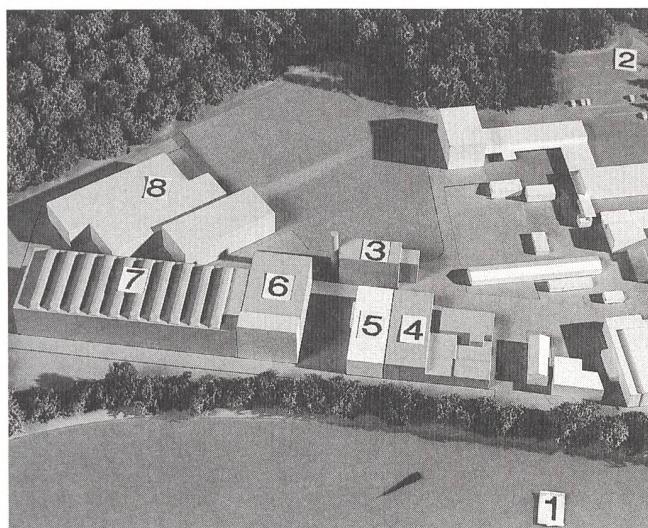
lager für radioaktive Abfälle in Würenlingen eingereicht. Gegen das Gesuch erhoben mehr als 500 Personen und Organisationen Einsprache.

Die Zwilag hat eine Stellungnahme zu den Einsprachen verfasst und den Sicherheitsbericht überarbeitet. Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) hat im Dezember 1995 ein Gutachten und die Kommission für die Sicherheit der Kernanlagen (KSA) im Januar 1996 eine Stellungnahme zum Gesuch vorgelegt.

Der Bundesrat wird im Sommer 1996 über das Gesuch und die Einsprachen entscheiden.

Déchets radioactifs centralisés à Würenlingen: procédure d'autorisation de construire et d'exploiter le dépôt

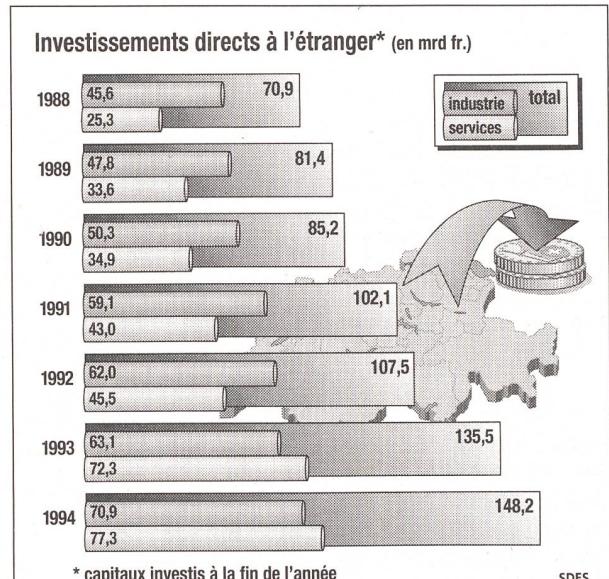
(dfc) La procédure d'octroi des autorisations de construire et d'exploiter un dépôt central pour déchets radioactifs à Würenlingen se poursuit. Jusqu'au 22 avril 1996, les documents ci-après sont mis à l'enquête à la Chancellerie d'Etat du canton d'Argovie, à la préfecture de district de Baden, au siège de l'administration communale de



Zentrales Zwischenlager Würenlingen (Modellaufnahme).
Dépôt central pour déchets radioactifs à Würenlingen (modèle).

Investissements records de la Suisse à l'étranger

(sdes) Les entreprises suisses n'ont encore jamais investi autant à l'étranger. Selon les données fournies par la Banque Nationale Suisse, le volume des capitaux d'investissement direct des entreprises suisses à l'étranger a atteint 148,2 milliards de francs à fin 1994. Sur ce total, les entreprises industrielles ont représenté 48% ou 70,9 milliards de francs et les entreprises de services 52,2% ou 77,3 milliards de francs. Par rapport à 1988 (70,9 milliards de francs), le volume des capitaux d'investissement direct suisses à l'étranger a plus que doublé. La base de l'enquête s'est entre-temps quelque peu élargie. La répartition régionale de ces investissements place toujours les Etats-Unis en tête de liste, avec 31,9 milliards de francs ou plus d'un cinquième du total. Ils sont suivis du Royaume-Uni (14,5 milliards de francs), de la France (12,8 milliards de francs) et de l'Allemagne (12,5 milliards de francs).



L'économie suisse présente dans le monde entier.

Würenlingen et à l'Office fédéral de l'énergie à Berne:

- avis d'expertise de la Division principale de la sécurité des installations nucléaires (DSN) de décembre 1995,
- préavis de la Commission fédérale de la sécurité des installations nucléaires (CSA) de janvier 1996,
- position de la requérante, la SA Zwilag Zwischenlager Würenlingen, au sujet des objections reçues, et
- rapport de sécurité révisé.

La Zwilag avait présenté sa demande le 15 juillet 1993. Plus de 500 personnes et organisations s'y sont opposées.

Le Conseil fédéral décidera au cours de l'été 1996 de la

suite à donner à la requête et aux oppositions.

Schweden: Ausstieg 2010 nicht möglich

(sva) Ein vollständiger Ausstieg Schwedens aus der Kernenergie bis zum Jahr 2010 ist nicht durchführbar. Dies stellt eine vom schwedischen Parlament eingesetzte Kommission in ihrem Schlussbericht vom 18. Dezember 1995 fest. Als Gründe für diese Beurteilung führt die Kommission Zielkonflikte beim Klimaschutz sowie bei der Sicherung der Arbeitsplätze, des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit an.

«Stromautobahnen» nach Osten

(unp) Die wichtigsten Ereignisse bleiben oft unbemerkt: am 18. Oktober 1995 schlossen sich die vier Centrel-Länder (Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik) synchron an das UCPTE-Netz an. In den Zeitungen wurde das Ereignis kaum erwähnt, so sehr ist man seit Jahrzehnten technische Meisterleistungen der Elektrizitätswirtschaft gewohnt. Aber die Leistung der Ingenieure in den Centrel-Ländern verdient es, hervorgehoben zu werden. Dieser Zusammenschluss stellt zweifelsohne einen Meilenstein beim Aufbau eines vereinten Europas dar. Dieses Ereignis bürgt für eine grössere Solidarität bei der Netzsicherheit, bietet neue, bedeutende Möglichkeiten des Stromhandels und ermöglicht fruchtbare Beziehungen. Strom kennt keine Grenzen. Die Vernetzung Europas wird in naher Zukunft weiter voranschreiten, sich zu aller Nutzen nach Osten ausdehnen.

Wer ist Centrel?

Centrel wurde 1992 gegründet und ist eine regionale Gruppe, die die vier Stromversorgungsunternehmen der Tschechischen Republik, Ungarns, Polens und der Slowakei umfasst.

Geschichte

Die führenden Stromversorgungsunternehmen der «Vise-

grad-Länder» begannen 1991 damit, die Normen ihres Elektrizitätssektors an den Standard der Union für die Koordinierung der Erzeugung und des Transports elektrischer Energie (UCPTE) anzugeleichen. Die Gründungscharta von Centrel wurde im Oktober 1992 in Prag von folgenden Unternehmen unterzeichnet: der tschechischen Ceske Energetické Zavody a.s. (CEZ a.s.), der ungarischen Magyar Villamos Muvek Rt. (MVMRt.), der polnischen Polskie Sieci Elektroenergetyczne SA (PSE SA) und der slowakischen Slovensky Energeticky Podnik s.p., die inzwischen zur Slovenske Elektrarne a.s. (SE a.s.) wurde.

Ziele

Ziel von Centrel ist die koordinierte Entwicklung der elektrischen Systeme und die Verbesserung der Betriebsbedingungen zur Angleichung an die UCPTE-Standards, um Centrel und UCPTE synchron zusammenzuschliessen. Weitere Ziele: Überwachung der Qualität und Zuverlässigkeit der Stromversorgung, besteffiziente Verwendung der Erzeugungs- und Übertragungseinrichtungen, Entwicklung des internationalen Stromtauschs.

Struktur

Die vier Präsidenten bzw. Generaldirektoren der Mitgliedsunternehmen und drei ernannte Berater bilden den Centrel-Rat. Der Vorsitzende von Centrel wird für eine zweijährige Amtszeit unter den Füh-

rungskräften der Mitgliedsunternehmen gewählt, wobei der Vorsitz zwischen den Mitgliedsländern rotiert. Der Vorsitzende ernennt den Sekretär und ist zuständig für das Sekretariat. Offizielle Sprache ist das Englische. Der Rat ernennt ständige und zeitweise Arbeitsgruppen zur Erfüllung seiner Ziele und Aufgaben. Zurzeit gibt es ständige Arbeitsgruppen zu folgenden Bereichen: Verbund, Netzbetrieb, Wirtschaftsfragen, Organisation, Entwicklung.

Mitgliedschaft

Mitglieder von Centrel sind die vier Gründungsunternehmen. Alle Elektrizitätsunternehmen, die zunächst über einen Beobachterstatus verfügen und deren Netz mit Centrel verbunden ist oder werden soll, können die Mitgliedschaft beantragen, wenn sie alle vom Centrel-Rat festgelegten technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Anforderungen erfüllen. Zurzeit verfügen folgende Unternehmen bei Centrel über einen Beobachterstatus: VEAG (D), Verbundgesellschaft (A), ME&E (UKR), RENEL (ROM) und NEK (BUL).

Adresse:
Centrel c/o PSE SA Mysia 2
PL - 00496 Warschau
Polen Tel.: +48 22 6214904
Tel.: +48 22 693 2117
Fax: +48 22 628 5964

Gebirgskantone bereits weitgehend in den Protokollen verankert. Diese Haltung vertrat der Bundesrat auch an der vierten Alpenkonferenz, die am 27. Februar im slowenischen Brdo stattfand.

17 Bundesämter erarbeiteten Bericht «Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz»

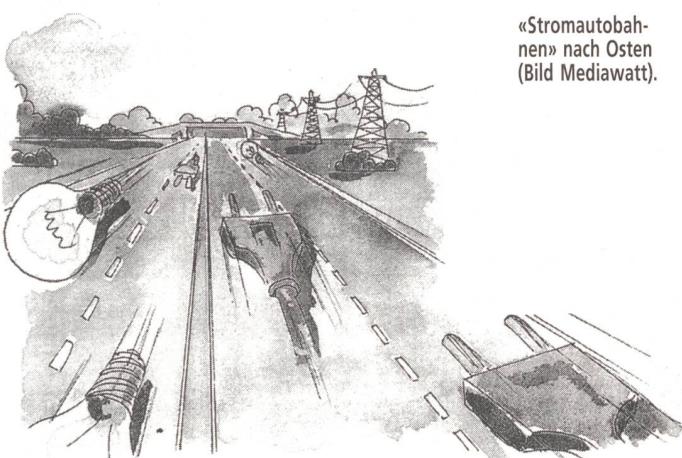
(edi) Der Bundesrat will sich für eine nachhaltige Entwicklung in der Schweiz einsetzen. Er hat einen Bericht zur Kenntnis genommen, der die am Erdgipfel in Rio beschlossenen Ziele für die Schweiz konkretisiert und erste Leitlinien für die Umsetzung des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung sichtbar macht. Der vom Interdepartementalen Ausschuss Rio (IDARIO) erarbeitete Bericht erklärt die Bedeutung des Konzepts, formuliert Anforderungen und die wichtigsten Umsetzungsstrategien. Er stellt die Grundlage für einen konkreten Aktionsplan dar. 17 Bundesämter waren an der Erarbeitung des Berichts beteiligt.

Finanzminister greift zum Stromzähler

(zk) Energieverbraucher sollen dem österreichischen Staat aus der Finanzklemme helfen. Durch eine Energiesteuer erhofft man sich jährlich 5 bis 6 Mrd. Schilling (rund 600 bis 700 Mio. Fr.) für den Etat. Der Strom müsste dabei etwa 0,6 Rappen/kWh hergeben.

Nationalrat gegen «Lex Wellenberg»

Nach dem Ständerat hat am 4. März auch der Nationalrat die Konsequenzen aus dem Wellenberg-Nein» gezogen und stillschweigend Nichteintreten auf die Teilrevision des Atomgesetzes beschlossen.



«Stromautobahnen» nach Osten (Bild Mediawatt).